

Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag und Dienstag, 7. und 8. Dezember 2015

Verfasser: Benno Scherrer

Alle Jahre wieder kommt die Budgetdebatte. Aber nur alle zwei Jahre muss auch der Steuerfuss festgelegt werden.

Weil die Regierung dieses Jahr ein ausgeglichenes Budget vorgelegt hat, entfiel das Feilschen um eine pauschale Kürzung, welche in den letzten Jahren die Budgetdebatten geprägt hatten.

Im Einstiegsvotum präsentierte Michael Zeugin unsere Sicht der Zahlen: Mit dem Budget 2016 beantragt der Regierungsrat Ausgaben von 15.2 Mrd. CHF. Das sind rund 501 Mio. CHF Mehrausgaben als er mit dem Budget 2015 beantragt hat. Das Wachstum der Ausgaben beträgt 3.3% und liegt deutlich über dem Bevölkerungswachstum. Wenn man bedenkt, dass diese 3.3%-igen Mehrausgaben in einer Zeit resultieren, in der die prognostizierte Teuerung -1.1% beträgt, kann einem schwindlig werden. Und dass dies bei einer klar bürgerlichen Regierungsmehrheit passiert, ist unverständlich. Dieses Ausgabenwachstum reiht sich leider ratlos an das expansive Wachstum der Ausgaben der vergangenen Jahre. Eine kluge Finanzpolitik sieht anders aus. Eine Finanzpolitik nach der Maxime, „Spare in der Zeit, so hast du in der Not“ sieht anders aus. Das starke Wachstum der Ausgaben wird nur zu einem Teil über Mehrerträge bei den Steuern finanziert.

Seit Jahren warnen wir Grünliberalen davor, dass Wachstum der Ausgaben zu begrenzen. Doch leider ist für die einen der finanzielle Spielraum so gross, dass im Kanton Zürich sogar Landwirtschaftssubventionen möglich sind, die über der Vorgabe des Bundes liegen.

Es ist aber absehbar, dass der mittelfristige Ausgleich um über eine Milliarde nicht erreicht werden kann, weshalb die Regierung gemäss Gesetz verpflichtet ist, die nötigen Massnahmen für die Einhaltung des mittelfristigen Ausgleichs zu ergreifen. Erst nach den Wahlen wurde mit dem Leistungsstopp eine erste, zögerliche Massnahme kommuniziert.

Fakt ist, wir haben, was die finanzielle Lage des Kantons Zürich angeht, ein ernstes Problem – und das nicht erst seit diesem Frühling. Und zwar in einer Dimension, in der die Ausgabenkürzungen der Finanzkommission von rund 58 Mio. CHF im Rahmen der Budgetberatung nicht ausreicht, um das Problem zu lösen.

Wir Grünliberalen begrüssen deshalb sehr, dass der Regierungsrat Ernst Stocker eine Leistungsüberprüfung angekündigt hat. Wir erwarten, dass der Regierungsrat bis zum Frühling einen verbindlichen Fahrplan mit einer klaren Zielsetzung vorweist. Für uns Grünliberale muss diese Leistungsüberprüfung folgende drei Eckwerte erfüllen:

- 1) Die Leistungsüberprüfung muss mittelfristig zu einem nachhaltig gesunden und ausgeglichenen Staatshaushalt führen. Das heisst, uns reichen keine Einmalmassnahmen oder buchhalterischen Tricks.
- 2) Die Leistungsüberprüfung muss ohne politische Scheuklappen erfolgen und darf nicht zu einer Überwälzung der Kosten auf die Gemeinden führen.
- 3) Mindestens 1/3 muss durch den Abbau von Bürokratie und Administration eingespart werden. Im Bereich der Bildung bedeutet dies zum Beispiel: Einsparung in der Bildungsverwaltung statt der Streichung von Klassen.

Für uns Grünliberale hat diese Leistungsüberprüfung absolute Priorität. Wir werden deshalb dem Regierungsrat bis zum kommenden Frühling die nötige Zeit geben, diese Leistungsüberprüfung zu machen. Aus diesem Grund verzichten wir auch darauf, dem Regierungsrat mit einem pauschalen Sparantrag eine zusätzliche Strafaufgabe zu erteilen. Wir Grünliberale sind klar der Ansicht, dass ein pauschaler Sparantrag den Regierungsrat in der aktuellen Situation nur von der eigentlichen Aufgabe abhalten würde.

Wir begrüßen auch, dass der Regierungsrat das Kostenwachstum und die Finanzlücke nicht wie vor ein paar Jahren mit einer Steuererhöhung löst. Eine Steuererhöhung zum aktuellen Zeitpunkt wäre doppelt falsch. Zum einen sind die Kosten das Problem und nicht die Erträge. Zum anderen wäre es falsch, noch vor der Unternehmenssteuerreform die Steuer zu erhöhen.

Wir setzen uns für eine Reduktion des Aufwandwachstums ein – stimmen aber nicht einfach allen Kürzungsanträgen zu, sondern entscheiden uns erst nach umfassender und intensiver Diskussion zu allen der fast 80 Budgetanträge.

Am Ende des Morgens – nach allen Fraktionssprechern und dem langen Votum des Finanzdirektors – wurden noch 2 Anträge behandelt, wobei wir einmal für und einmal gegen die Kürzung waren, schliesslich ging es um eine befristete **Stellenaufstockung in der IT**. Wir werden in zwei Jahren ganz genau hinschauen und die befristete Stelle wieder streichen.

Am Nachmittag gab es gleich zu Beginn eine Überraschung – und dies in unserem Sinn: Es ging um Ersatzbeschaffungen für **PC-Arbeitsplätze**, die wir als notwendig erachteten und eine Mehrheit war der selben Ansicht, obwohl die Finanzkommission noch eine Budgetkürzung wollte. Gegen die Kürzung sprach, dass eine Aufteilung über mehrere Jahre nicht günstiger kommt, sondern teurer wird. Mittelfristig gibt es Optimierungspotenzial durch Zentralisierung von Beschaffung und Unterhalt durch standardisierte Arbeitsplätze oder Thin Clients statt Standard PC.

Weiter ging es mit der **Jugendstrafrechtspflege**, wo ein Kürzungsantrag von 2 Mio. vorlag, den wir überzeugt ablehnten. Fakt ist, die Jugendkriminalität geht in der Schweiz und auch im Kanton Zürich seit Jahren zurück. Fakt ist, dass im 2013 44 Mio. Franken budgetiert wurden, für 2016 werden noch 36,2 Mio. budgetiert – und die Fälle richten sich halt wirklich nicht nach Budgetvorgaben, was nicht heisst, dass Sondersettings, Betreuungen, ambulante Therapien, Wohnangebote und Begleitungen erfolgssicher und nachvollziehbar optimiert werden müssen. Es werden wohl immer einzelne, ganz schwierige Fälle für Jahre Behandlungen oder Zuweisungen benötigen. Trotzdem, jeder Jugendliche der sich im zukünftigen Erwachsenenleben selbständig und ohne Staats-Unterstützung unterhalten bringt dem Kanton eine nachhaltige finanzielle Entlastung. Es ist somit klar, dass im Bereich der Jugendstrafrechtspflege diesbezüglich alles Sinnvolle unternommen werden soll. Wir blieben aber erfolglos. Carlos war zwar nicht mehr in aller Munde, aber in einer Mehrheit der Köpfe präsent.

Im **Amt für Justizvollzug** hat unsere letztjährige Unterstützung des Kürzungsantrages tatsächlich positive Resultate gezeigt, denn es folgten Innovationen und es wurden neue Einnahmen generiert. Eine neuerliche Kürzung ist nicht mehr gerechtfertigt. Der Rat sah das gleich.

Beim **Opernhaus** – der mit Abstand grössten und mit über 80 Mio. bei weitem teuersten Kulturinstitution – sind wir der Meinung, dass eine Budgetkürzung notwendig ist und umgesetzt werden muss. Endlich gab es dafür eine Mehrheit, nachdem wir im Januar diese Kürzung bereits mit einer KEF-Erklärung "angekündigt" hatten. Nur die Linke hielt am ganzen Betrag fest.

Braucht es im Kanton Zürich einen **Compliance Manager**? Ja, sagten wir überzeugt, denn die Verhinderung von unsauberen Geschäften oder sogar Korruption ist ein liberales Kernanliegen. Und wir glauben Regierungsrat Stocker, dass er mit neuen Stellen äusserst zurückhaltend ist und in den anderen Direktionen diesen Einfluss auch geltend macht und das Stellenwachstum hinterfragt. Deshalb haben wir den Budgetverbesserungsantrag abgelehnt. Wir sind aber unterlegen. Das nächste Mal, so Regierungsrat Stocker schmunzelnd, werde er 3 Stellen beantragen, dann würde er eine erhalten.

Spannend war auch die Diskussion um eine 50% Juristenstelle, auf welche die Direktion über Jahre freiwillig verzichtet hatte. Nun braucht es diese wieder und wir unterstützen diese Wiederaufstockung und waren somit gegen den Budgetverbesserungsantrag, damit das Signal klar ist: die Direktionen sollen auf

die Ausschöpfung von bewilligten Stellen verzichten können, ohne nachher auf solche Stellen verzichten zu müssen. Wenn eine Direktion sich kostenbewusst verhält, soll sie dafür belohnt und nicht bestraft werden.

Der Dienstag begann mit der Debatte über die Globalbudgets für die Gerichte. Überraschend scheiterte ein Teil der Kürzungsanträge, die wir als Bemühungen um ein nachhaltig ausgeglichenes Budget unterstützen, weil die FDP zusammen mit der SP, den Grünen und der EVP diesen nicht zustimmten.

Einen besonderen Punkt setzte der Präsident des Verwaltungsgerichts, der wortreich erklärte, weshalb eine Kürzung von CHF 190'000 bei einem Budget von 7,5 Mio keinesfalls umgesetzt werden könne und ankündigte, dass er auf seinen Lohn verzichten werde, um das Ziel zu erreichen, wir aber dann als Kantonsrat ganz schlecht aussehen würden. Diese letzte Äusserung war definitiv zu viel und es kam so, wie er es prophezeit hatte: der Rat lässt sich nicht umstimmen durch Ultimaten (und auch nicht durch Aufrufe im Ratssaal – das muss vorher in der Kommission oder über die Parteien geschehen).

In der Finanzdirektion lagen bei den **Steuern (Betriebsteil)** widersprechende Anträge vor. Wir lehnten sowohl den Kommissionsantrag auf Kürzung vom 2,2 Mio. als auch den Minderheitsantrag auf eine Verschlechterung von CHF 750'000 für fünf zusätzliche Steuerinspektoren ab. Wir waren in den letzten Jahren immer besonders bemüht, die Ausgaben in der Finanzdirektion, besonders die IT Kosten, genau zu beobachten. Dieses Jahr sind wir zur Überzeugung gelangt, dass der Budgetantrag der Regierung gerechtfertigt ist und eine pauschale Kürzung zu unerwünschten Konsequenzen in den IT Erneuerungen oder bei den Steuerinspektoren führen würde.

Gleichzeitig halten wir es nicht für opportun, in diesen Zeiten das Personalbudget auszuweiten, zumal der Zusatznutzen gemäss Finanzdirektion nicht eingeschätzt, geschweige denn quantifiziert werden kann. In Anbetracht der dynamischen IT Entwicklung in der Finanzverwaltung und der einhergehenden Effizienzsteigerungen halten wir die Personalausstattung für angemessen. Regierungsrat Stocker ergänzte dann auch noch, dass er bereits 7 Mio. weniger ins Budget eingestellt hat und von 170 auf 163 Mio. runter gegangen war. Dennoch wurde gegen uns und RR Stocker entschieden.

Nach einer kulinarischen Pause war die Volkswirtschaftsdirektion dran und wir haben einstimmig – und das ist fast eine Sensation – eine vorgesehene Erhöhung des Personalbestandes im **Amt für Verkehr** um 2,3 Stellen wieder rückgängig gemacht, sehr zum Unmut der Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh.

Bei der vorgesehenen Reduktion der Einlage in den **Verkehrsfonds** stellten wir uns auf den Standpunkt, dass die 38,4 Mio. auch dieses Jahr eingelegt werden müssen – nicht zuletzt wegen der Limmattalbahn und weiterer öV Projekte – aber wir unterlagen mit links-grün deutlich. Im nächsten Jahr wird dann also vordergründig eine massive Aufwandsteigerung im Budget stehen.

Eher mühsam wurde es wieder bei der Gesundheitsdirektion, wo die Flexibilität der Regierung deutlich geringer zu sein scheint, als in den anderen Direktionen. Wenn der Kantonsrat bei der **Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen** klar begründet, dass das Projekt "umsichtiger Einsatz von Antibiotika bei Nutztieren" nicht gekürzt werden soll, insistiert der Gesundheitsdirektor, dass dieses Projekt gestrichen werde. Und es wurde von uns im Übrigen nicht gekürzt, nur das Aufwandwachstum begrenzt.

Dann wurde versucht, uns weiss zu machen, dass jeder Franken, der in einem staatlichen **Präventionsprogramm** ausgegeben wird, einen bis zu 10-fachen Return gibt. Und das wurde wortreich und mit vielen Beispielen zu belegen versucht. Zusätzlichen CHF 600'000 haben wir daher eine klare Absage erteilt – und Eva Gutmann gab dem Rat gleich schmunzelnd ein paar "gratis" Präventionstipps.

Um 22 Uhr musste dann noch die Bildungsdirektorin vortreten und unser Christoph Ziegler konnte seinen Antrag in der **Bildungsverwaltung** um CHF 500'000 vorbringen. Wir wollen die Schulbeurteilung auf das Wesentliche zurückführen und die hohen Kosten für ein Bürokratiemonster reduzieren. Ein Qualitätssicherungssystem darf nicht Selbstzweck sein. Die Mittel in der Bildung sollen dort eingesetzt werden, wo sie den Kindern zu Gute kommen.

Und der Rat folgte unserem Antrag mit dem knappsten Resultat der Budgetdebatte – 85 : 79.